

## EBI Grundeinkommen

Die Europäische Bürgerinitiative bedingungsloses Grundeinkommen ist abgeschlossen. Das bedeutet eine gute und eine schlechte Nachricht. Die schlechte ist deutlich weniger bedeutsam wie die gute, deshalb die zuerst.

Die notwendige Zahl von einer Million Unterschriften wurde verfehlt, und zwar klar. Nur gut 280 000 Menschen haben sich entschieden, die EBI zu unterstützen. Lediglich sechs Länder (Bulgarien, Slowenien, Kroatien, Belgien, Estland und die Niederlande) schafften überhaupt das Quorum, das in sieben Ländern hätte erfüllt sein müssen, damit die Petition gültig gewesen wäre, und nur in einem Land (Bulgarien) gab es so viele Unterschriften, wie im Durchschnitt überall nötig gewesen wären, um die Million zu erreichen.

Besonders enttäuschend sind die Ergebnisse in Österreich und noch mehr in Deutschland. Beide kommen auf gut die Hälfte des Quorums, was für Deutschland in absoluten Zahlen kaum mehr als 40 000 Unterschriften heißt. In beiden Ländern gibt es seit Jahren eine politisch vielfältige und sehr aktive Grundeinkommensbewegung, beide kennen die Diskussion darum seit nunmehr etwa 30 Jahren. Schon im Vorfeld war klar, dass besonders in Deutschland deutlich über dem Durchschnitt hätte gesammelt werden müssen, damit das Ziel erreichbar wird. Wir waren in der Attac-AG genug für alle davon ausgegangen, dass die Zielmarke für Deutschland bei mindestens einer halben Million UnterzeichnerInnen würde liegen müssen. Das wären also zehnmal so viele gewesen wie bei der Bundestagspetition von Susanne Wiest 2009. Damals wurden die Unterschriften in sechs Wochen gesammelt, sodass eine Verzehnfachung in nicht ganz der zehnfachen Zeit nicht völlig unerreichbar erschien. Angesichts des Ergebnisses, das noch deutlich unter der damaligen Zahl liegt, sind Erklärungen gefragt.

Sicher spielen Gründe eine Rolle, die von der Grundeinkommensbewegung kaum beeinflusst werden können. Da ist als erstes die Konstruktion der EBI selbst zu nennen. Sie ist ein typisches bürokratisches Konstrukt. Gewundene Formulierungen und das Verklausulieren des eigentlichen Anliegens waren Voraussetzung, um von der EU-Kommission die Erlaubnis zu erhalten, überhaupt an den Start gehen zu dürfen. Zwei Monate lang funktionierte der Server nicht, auf dem online zu unterschreiben war. Auch danach blieben technische Probleme der Alltag. Die Papiersammlung brauchte noch einmal eine eigene Zertifizierung, der Umstand, dass alle Personalausweisdaten einschließlich aller Vor- und Geburtsnamen anzugeben waren, behinderte vielfach.

Überhaupt war es für viele Menschen schwer vorstellbar, in Zeiten von Vorratsdatenspeicherung und NSA ihre kompletten Personaldaten ins Netz zu stellen.

Und ein Stück weit sind wir Opfer unseres eigenen Erfolges an anderer Stelle geworden: Die EBI richtet sich an die EU-Kommission, gegen die als Teil der europäischen Troika wir im Rahmen unserer Antikrisenarbeit massiv mobilisieren. Warum hätten Menschen die Zuversicht haben sollen, dass eine Petition ausgerechnet an diesen Akteur etwas nützt?

Aber die Bewegung in Deutschland muss auch auf sich selbst schauen. Zwar ist das Bündnis, das hierzulande die EBI trägt, formal sehr breit. Alle wichtigen Organisationen stehen als Unterstützer auf der Webseite. Die realen Aktivitäten aber waren sehr unterschiedlich. Insbesondere aus den anthroposophisch orientierten Teilen der Szene kam kaum realer Einsatz. Dabei sind einige der bekanntesten BefürworterInnen eines bge genau dort zu Hause. Ihre Prominenz, ihre Zugänge zur Öffentlichkeit haben massiv gefehlt. Denn das wurde in allen Ländern deutlich: Wo es gelungen ist, öffentliche Aufmerksamkeit auf das Thema zu lenken, stieg die Zahl der Unterschriften sofort signifikant, egal ob es sich um Veranstaltungen in Tschechien, Facebook in Kroatien, Fernsehauftritte in Großbritannien oder Krisendemos in Bulgarien handelte.

Aber es wäre zu einfach, mit dem Finger auf Teile der Bewegung zu zeigen. Nirgendwo ist es auch nur gelungen, die eigenen AnhängerInnen und UnterstützerInnen breit zu Unterzeichnung, viel weniger zur aktiven Mitarbeit zu bewegen. Der deutsche Unterstützerkreis der EBI war immer nur sehr klein und hat sich am 5. Mai zum letzten Mal getroffen. Neben einer ganzen Zahl kleinerer handwerklicher Fehler (z. B. zwei Unterschriftensammlungen gleichzeitig auf der Seite des Netzwerkes) schien bei allen Beteiligten eine Einschätzung zu existieren, dass man mit den eigenen Kräften und mit einem Agieren in der eigenen Szene die Petition erfolgreich abschließen könnte. Erst sehr spät kamen erste erkennbare Bemühungen, weit über die eigenen Kreise hinaus Unterstützung zu gewinnen. Zu keinem Zeitpunkt wurde dies systematisch und gemeinsam angegangen. Auch unsere AG hat sich im Wesentlichen darauf beschränkt, innerhalb von Attac für die Unterzeichnung zu mobilisieren.

Wir wissen nicht, was konkret nötig gewesen wäre, um öffentlich deutlicher wahrgenommen zu werden. Wir wissen auch nicht, wie erfolgreich gemeinsame Bemühungen diesbezüglich gewesen wären. Aber es ist offensichtlich, dass es nicht reicht, sich auf die eigene Kraft der Bewegung zu verlassen, sondern dass der Weg in die öffentliche Auseinandersetzung gesucht werden muss. Noch bedeutsamer ist es, das bge mit bestehenden Kämpfen zu verbinden. In Bulgarien gibt es seit Monaten eine massive Protestbewegung gegen die Regierung. Erst im Januar ist es den dortigen Unterstützergruppen nach langem Bemühen gelungen, sich mit großen Gewerkschaften so zu verbinden, dass die EBI in diese Dynamik eingebracht wurde. Innerhalb von nur fünf Tagen gelang es damit, über 20 000 Unterschriften zu sammeln.

Damit wären wir dann bei der guten Nachricht.

Der „Europäische Bürgerausschuss“, bezüglich der EBI eine im wesentlichen formale Struktur zu ihrer technischen Abwicklung, hat sich zu einem funktionierenden politischen Gremium entwickelt. Die Regeln der EU sehen die Teilnahme von Menschen aus mindestens sieben Ländern vor. Die EBI Grundeinkommen wurde mit 15 Ländern eingereicht, inzwischen haben sich Gruppen und Organisationen aus 24 EU-Ländern angeschlossen. Der Kreis hat sich etwa alle drei Monate getroffen und eine feste Zusammenarbeit über die EBI hinaus verabredet. Termine im Februar, April und September stehen fest. Unter dem Namen *Unconditional Basic Income in Europe* (UBIE) werden Strukturen zur gemeinsamen politischen Intervention in europäische Politik geschaffen. Die Vorstellungen darüber, wie das konkret geschehen soll, sind naturgemäß noch sehr unterschiedlich, aber es gibt eine große Bereitschaft, sich aufeinander einzulassen.

Vor Beginn der EB gab es in einigen der beteiligten Länder gar keine oder so gut wie keine Grundeinkommensbewegung, in anderen existierten völlig voneinander getrennte Gruppen ohne jegliche Kommunikation. Insbesondere in Osteuropa sind geradezu sprunghafte Entwicklungen auszumachen. Dabei ist es durchaus noch offen, wie das konkret weitergeht. Wir kennen einige der Partnerorganisationen kaum, einige kommen aus für uns zumindest ungewöhnlichen Zusammenhängen (wie etwa eine bulgarische Gruppe aus der Osho/Bagwan-Bewegung). Aber es gibt eine EU-weite Diskussion mit dem erklärten Ziel, eine gemeinsame Handlungsfähigkeit zu entwickeln.

Und die hängt inhaltlich keineswegs in der Luft. Vielmehr hat die EBI auch auf der programmatischen Ebene zu einer starken Annäherung geführt. Noch beim Kongress des weltweiten Grundeinkommensnetzwerkes BIEN in München im Herbst 2012 waren die Definitionen, was denn ein Grundeinkommen sei, höchst unterschiedlich. Vor allem die Frage der Höhe spielte für viel kaum eine Rolle. Die Hauptsache schien die Bedingungslosigkeit und so vertreten es auch heute noch immer wieder Repräsentanten von BIEN. In der EBI haben wir die Existenz- und Teilhabesicherung als Kriterium formuliert, weil das schließlich der emanzipatorische

Springpunkt des Projekts Grundeinkommen ist: Nur wenn die Höhe für ein halbwegs anständiges Leben ausreicht, befähigt das bge dazu, Zumutungen zurückzuweisen, denen jemand sich nicht freiwillig stellen will.

Auch die Festlegung, dass „das Bedingungslose Grundeinkommen den Sozialstaat“ nicht ersetzt, sondern „ihn von einem kompensatorischen in einen emanzipatorischen Sozialstaat“ ergänzt und verändert, ist bis dato keineswegs Konsens der Bewegung gewesen. In Deutschland treten immer noch wesentliche Akteure für die Beseitigung aller anderen sozialen Sicherungen außer dem bge ein.

Eine dritte Wegmarke setzt die Formulierung: „Grundsätzlich sollte jeder Mensch unabhängig von Alter, Abstammung, Wohnort, Beruf etc. in den Genuss dieser Leistung kommen.“ In den Diskussionen des Bürgerausschusses/UBIE ist es inzwischen die ganz überwiegende Meinung, dass dies so verstanden werden muss, dass das bge an alle zu zahlen ist, die her sind, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Damit würde sich eine Position durchsetzen, mit der wir als Attac-AG genug für alle vor einem Jahr noch mehr oder weniger alleine dastanden.

Insgesamt ist die EBI also eine Erfolgsgeschichte. Das Verfehlen der Million Unterschriften ist schade, die Differenz zwischen Ergebnis und Anforderung gravierend, aber das Entstehen eines europäischen Akteurs auf klarer inhaltlicher Grundlage lässt das alles verschmerzen.